

Beschluss Neue Sicherheit in unsicheren Zeiten – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern Vernunft, Pragmatismus und Rechtsstaatlichkeit in der Migrationspolitik auf allen Ebenen.

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

1 Migrationspolitik wird seit Jahren zum Austragungsort gesellschaftlicher
2 Grundkonflikte erklärt. Durch den ständigen Fokus auf Probleme und Krisen
3 erleben migrantische Personen zunehmend Einschränkungen ihrer Grundrechte und
4 sind verstärkt Rassismus ausgesetzt.
5 Unsere Gesellschaft durchlebt einen tiefgreifenden Wandel, in dem vermeintlich
6 bewährte, aber langfristig unhaltbare Sicherheiten wegbrechen und die daraus
7 entstehenden Folgekosten immer deutlicher werden. In dieser Unsicherheit
8 erscheint eine Isolationspolitik manchen als Lösung. Doch diese gefährdet nicht
9 nur die Zukunft Deutschlands und Europas, sondern ignoriert auch zentrale
10 Herausforderungen wie den demografischen Wandel. Ohne Zuwanderung droht eine
11 dramatische Verschärfung des Arbeitskräftemangels. Abschottung führt zudem zu
12 einer Verschärfung sozialer Konflikte um knappe Ressourcen und fördert
13 rassistische Strukturen.
14 Die offenen Grenzen in Europa sind eine zentrale Errungenschaft, die erhalten
15 bleiben muss. In diesem Rahmen ist eine aktive und gestaltende Migrationspolitik
16 notwendig, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Statt auf Abwehr
17 zu setzen, müssen wir Migration als Chance begreifen. Sie ist ein
18 unverzichtbarer Teil unserer globalen Realität und bietet die Möglichkeit, eine
19 gerechtere, nachhaltigere und lebenswertere Zukunft für alle zu schaffen.
20 Gesamtgesellschaftlich erleben wir einen tiefgreifenden Wandel, in dem bewährte
21 Sicherheiten verloren gehen und die Folgekosten zunehmend sichtbar werden. In
22 diesem Kontext erscheint eine Isolationspolitik manchen als vermeintliche
23 Lösung, um Stabilität zu bewahren und Herausforderungen im Inneren besser
24 kontrollieren zu können.
25 Eine Politik der Abschottung bedeutet eine enorme Belastung aller Menschen in
26 Deutschland. Die Bewegung von Menschen und Gütern gehört zu den wesentlichen
27 Dynamiken unserer globalisierten Zeit. Aus ökonomischer Sicht würde ein Verzicht
28 auf Zuwanderung zu erheblichen Wachstumseinbußen und Versorgungsengpässen
29 führen. In sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht stehen wir vor einem
30 wachsenden Konkurrenzdruck, in dem ökonomisch schwächere Gruppen das Nachsehen
31 haben. Dies verstärkt rassistische Strukturen und führt zu einem Erstarken
32 völkischen Denkens, das als „Schutz“ vor globalen Entwicklungen gesehen wird.
33 Die freie Bewegung von Menschen, Gütern und Dienstleistungen über Ländergrenzen
34 hinweg sind eine Errungenschaft der europäischen Einigung – sie fördern den
35 Austausch von Kultur und Wissen. Für eine vernetzte Gesellschaft wie die unsere
36 ist eine Politik der Abschottung mit existenziellen Nachteilen verbunden.
37 Zugleich würde ein Verzicht auf Zuwanderung den bereits bestehenden
38 Fachkräftemangel verschärfen und das Kürzen von Angeboten bspw. im Bereich der
39 Gastronomie oder dem Gesundheitssektor bedeuten. Unternehmen, die dauerhaft kein
40 Personal finden, werden ihre hiesigen Standorte auf den Prüfstand stellen.
41 Zugleich entstehen durch Migration Konkurrenzsituationen: am Wohnungsmarkt, im
42 Bereich der Bildung oder generell beim Einsatz knapper öffentlicher Mittel.
43 Diesem Konkurrenzdruck wiederum sind vor allem ökonomisch schwächere Gruppen

44 ausgesetzt, was rassistische Einstellungen oder auch das Erstarken völkischen
45 Denkens, welches als „Schutz“ vor globalen Entwicklungen gesehen wird, fördert.

46 Unsere Aufgabe ist es, die Stärke Europas zu bewahren: eine Gesellschaft, die
47 auf Gleichberechtigung, Respekt und eine konstruktive Fehlerkultur setzt. Unser
48 Ziel ist eine lebenswerte, gerechte, sichere Gesellschaft. Wir befürworten darum
49 regelmäßig überprüfte, wissenschaftlich gestützte Maßnahmen gegen Terror.
50 Sicherheit heißt aber auch, dass auch Migrant*innen Vertrauen in staatliche
51 Organe haben können, menschliche Perspektiven zu geben und eine angemessene,
52 nicht überhöhte mediale Darstellung von Straftaten. Bei schweren
53 Straftäter*innen oder Extremist*innen, unabhängig von ihrer Herkunft, müssen
54 rechtsstaatlichen Mittel ausgeschöpft werden und sichergestellt werden, dass von
55 diesen Personen keine Gefahr mehr ausgeht. Sicherheit vor Terror ist dann stark,
56 wenn sie den demokratisch erbrachten Frieden schützt und unsere freiheitlichen
57 Werte bewahrt.

58 Wir stehen für den Schutz unserer freiheitlichen Demokratie und unseres
59 Rechtsstaates. Daher ist es für uns inakzeptabel, dass im Namen der
60 Terrorbekämpfung geltendes Recht missachtet und Grund- und Menschenrechte
61 verletzt oder bedroht werden.

62 Die BÜNDNISGRÜNE Verantwortung muss sich in einer umfassenden Antwort auf
63 demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen zeigen und nicht im Mitmachen
64 bei der politischen Umsetzung einer in den Populismus abgeglittenen Debatte. Als
65 Einwanderungsland muss Deutschland die Herausforderungen und Potenziale der
66 Migrationspolitik anerkennen und die Gleichberechtigung der migrantischen
67 Bevölkerung als grundlegende Aufgabe begreifen und besonnen angehen.

68 Dafür setzen wir als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen auf drei zentrale
69 Handlungsebenen:

- 70 1. Wandel in der sächsischen Migrationspolitik: Wir streben eine
71 landesspezifische, integrations- und inklusionsorientierte
72 Migrationspolitik an, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert und
73 Ressourcen für eine gelingende inklusive Integration bereitstellt.
- 74 2. funktionierende und menschenrechtskonforme Migrations- und Asylpolitik der
75 Europäischen Union: Wir setzen auf ein gemeinsames Vorgehen in der
76 Europäischen Union, das Menschenrechte wahrt, Herausforderungen gemeinsam
77 meistert, Sicherheit schafft und Menschen schützt.
- 78 3. Schutz einer verantwortungsvollen Asylpolitik auf Bundesebene: Wir setzen
79 uns dafür ein, dass die Asylpolitik menschenrechtsbasiert und pragmatisch
80 gestaltet wird. Es gilt, verantwortungsvolle Maßnahmen klar von
81 unverhältnismäßigen oder grundrechtsgefährdenden Ansätzen zu
82 unterscheiden.

83 1. Wir fordern Maßnahmen für einen Wandel in der sächsischen Migrationspolitik

84 Sachsen braucht Zuwanderung und gelingende Integration. Die Herausforderungen,
85 vor denen Kommunen bei der Bearbeitung der Integrationsaufgaben stehen, werden
86 auf keinen Fall bewältigt, wenn politisch lediglich an der Begrenzung von
87 Zuwanderung gearbeitet wird.

88 Die künftige sächsische Regierung muss in der Migrationspolitik auf Integration
89 und Zusammenhalt statt auf Abschottung und Abschreckung setzen. Es braucht
90 Maßnahmen zur schnellen und gelingenden Integration, um Kommunen zu entlasten
91 und zu stärken.

92 Wir sprechen uns mit Nachdruck für folgende Maßnahmen aus:

- 93 1. die Verbesserung der Arbeit der Ausländerbehörden durch Abbau von
94 Bürokratie, personelle Stärkung sowie die Verbesserung der Qualität der
95 Bearbeitung durch Maßnahmen wie Förderung der Mehrsprachigkeit in
96 Behörden, Schulungen des Personals sowie Anwendungshinweise zur Nutzung
97 von Ermessensspielräumen für Integration;
- 98 2. die Unterstützung von Kommunen bei der Erfüllung von Integrationsaufgaben
99 sowie bei der Entwicklung langfristiger und stabiler Integrationspläne
100 durch Expertise und Gelder – Kommunen müssen gut vorbereitet sein, auch
101 bei schwankenden Zahlen von Asylbewerber*innen;
- 102 3. die Verbesserung der Bedingungen für schulische Bildung von Kindern und
103 Jugendlichen mit Migrationsbiografie und Sprachförderbedarf sowie die
104 Sicherung von Sprachkursangeboten von Anfang an für alle erwachsenen
105 Neuzugewanderten;
- 106 4. die Priorisierung von dezentralem Wohnen und die Stärkung der Kommunen und
107 des Ehrenamts bei Integrationsmaßnahmen für Menschen, die dezentral
108 untergebracht sind, sowie Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem
109 Wohnungsmarkt;
- 110 5. Maßnahmen zur erfolgreichen Arbeitsmarktintegration für Geflüchtete, wie
111 Unterstützung von Menschen, die bereits in Sachsen leben, als Priorität
112 vor aufwendigen Anwerbungsprogrammen, vereinfachte
113 Berufsqualifizierungsfeststellung, personelle Stärkung der Stellen zur
114 Durchführung der Berufsanerkenntungsverfahren sowie Unterstützung von
115 Unternehmen, insbesondere KMU, bei der Einstellung und Integration
116 Neuzugewanderter;
- 117 6. die Förderung der aktiven Teilhabe von Migrant*innen an
118 Integrationsprozessen durch gezielte Unterstützung von
119 Migrantenorganisationen und -netzwerken, die als Brückenbauer agieren.
120 Dies umfasst finanzielle Mittel, strukturelle Förderung und Anerkennung
121 von Migrantenorganisationen als wichtige Akteure bei der Gestaltung und
122 Durchführung von Integrationsmaßnahmen.

123 Die künftige sächsische Regierung muss zudem Maßnahmen ergreifen, um
124 Menschenrechte zu schützen und sicherzustellen, dass Migrant*innen sicher und
125 diskriminierungsfrei in Sachsen leben können. In einer Gesellschaft, in der
126 Rechtsextremismus und Rassismus immer mehr Raum greifen, ist die staatliche
127 Pflicht zur Sicherung der Menschenrechte für alle besonders dringlich.

128 Wir fordern folgende Maßnahmen zum Schutz von Geflüchteten und anderen
129 Migrant*innen:

- 130 1. die Entwicklung und Umsetzung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes,
131 das Benachteiligungen gesetzlich verbietet und Einzelne vor
132 Diskriminierung schützt sowie das gesellschaftliche Klima der Vielfalt
133 fördert – Sachsen muss zeigen, dass hier alle Menschen gut leben können
134 und menschenfeindliches Verhalten keinen Raum hat;
- 135 2. die Einrichtung eines überregionalen Beschwerdeverfahrens bei
136 Rassismuserfahrungen und Diskriminierungen in Behörden und anderen
137 Institutionen im Asylverfahren;
- 138 3. die Unterstützung von Kommunen bei der Bereitstellung von Schutzräumen und
139 Beratungsangeboten für Angehörige vulnerabler Gruppen, wie Frauen und
140 queere Geflüchtete;
- 141 4. den Aufbau und die Unterstützung communitybasierter Antidiskriminierungs-
142 und Antirassismuserfahrungen und Stärkung der Selbstorganisationen;
- 143 5. die Einrichtung externer Clearingverfahren für besonders vulnerable
144 Geflüchtete an allen Sächsischen Aufnahmeeinrichtungen;
- 145 6. die Stärkung der Rechte von Menschen, die sich bereits im Prozess der
146 Abschiebung befinden: Verbot von Nachtabschiebungen, Verbot von
147 Familientrennungen, pädagogische/psychologische Begleitung von Kindern
148 während der Abschiebung;
- 149 7. die Stärkung der Härtefallkommission (HFK) - der Sächsische Innenminister
150 muss künftig bei Entscheidungen gegen Beschlüsse der HFK Rücksprache mit
151 der Kommission halten und seine Entscheidung darlegen.

152 2. Wir setzen uns für eine funktionierende und menschenrechtskonforme
153 Migrations- und Asylpolitik der Europäischen Union ein

154 Die Migrations- und Asylpolitik der EU muss sowohl pragmatisch als auch
155 menschenrechtsorientiert sein. Unser gemeinsames Ziel als Europäer*innen muss es
156 sein, Migration fair, sicher und effektiv zu steuern und dabei unsere
157 humanitären Werte zu wahren.

158 Wir machen uns stark für folgende stabile Grundpfeiler in der europäischen Asyl-
159 und Migrationspolitik:

- 160 1. Beratung und Wissenschaft als Grundlage: Ein Expertengremium soll
161 fundierte Lösungsansätze für die Migrationspolitik entwickeln. Diese
162 Empfehlungen werden von den Mitgliedern des Europäischen Parlaments
163 diskutiert und ermöglichen sachliche, faktenbasierte Entscheidungen.
- 164 2. Kommunale Unterstützung und faire Verteilung: Die Kommunen brauchen
165 gezielte Entlastung und Unterstützung, um die Integration bewältigen zu

- 166 können. Ein fairer Verteilungsmechanismus innerhalb der EU stellt sicher,
167 dass alle Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung gerecht werden.
- 168 3. Sichere Migrationswege und Bekämpfung von Fluchtursachen: Die EU muss
169 menschenwürdige Partnerschaften mit Drittstaaten aufbauen, um gefährliche
170 Fluchtrouten zu vermeiden und Perspektiven vor Ort zu schaffen. Stabilere
171 Herkunftsregionen verringern den Migrationsdruck.
- 172 4. Rechtsstaatlichkeit an den Außengrenzen und Freizügigkeit im Binnenmarkt:
173 Ein geordnetes Asylsystem mit Unterstützung der Grenzstaaten stärkt die
174 Rechtsstaatlichkeit und wahrt die Freizügigkeit im Binnenmarkt, ohne auf
175 inhereuropäische Grenzkontrollen angewiesen zu sein.
- 176 5. Verbindliche Aufnahmezusagen: Deutschland kann eine Vorreiterrolle
177 einnehmen, indem es erhöhte Aufnahmezusagen mit einer konsequenten
178 Registrierung an den Außengrenzen verbindet und so die Verantwortung fair
179 verteilt.
- 180 6. Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung
181 grenzüberschreitender Kriminalität: Die EU soll gezielt Maßnahmen zur
182 Bekämpfung internationaler Kriminalität wie Menschenhandel, Schmuggel und
183 organisierte Schleusernetzwerke ergreifen. Dazu gehört eine enge
184 Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern, der Aufbau gemeinsamer
185 Ermittlungs- und Informationszentren sowie die Unterstützung beim Aufbau
186 rechtsstaatlicher Strukturen vor Ort.

187 3. Wir fordern den Schutz einer verantwortungsvollen Asylpolitik auf Bundesebene

188 Die gesellschaftliche Debatte rund um das Thema Asyl wird bundesweit mit großer
189 Vehemenz geführt. Nicht selten gleitet sie in populistische Parolen und
190 rassistische Stimmungsmache ab. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen kritisieren diese
191 Debattenentwicklung entschieden. Wir erkennen an, dass Herausforderungen bei der
192 Umsetzung von Integrationsaufgaben vor Ort und Angst vor islamistischem Terror
193 den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Wir sprechen uns entschieden
194 dagegen aus, dass als Konsequenz aus der aktuellen Verunsicherung
195 bundespolitisch im Bereich Asylpolitik mit dem Abbau von Grundrechten von
196 Asylsuchenden und der Aushöhlung des Asylrechts geantwortet wird. Mit Sorge
197 beobachten wir im Schnellverfahren durchgesetzte Asylrechtsverschärfungen auf
198 Bundesebene.

199 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen kritisieren wir mit Nachdruck die im
200 sogenannten Sicherheitspaket beschlossenen Asylrechtsverschärfungen,
201 insbesondere den Leistungsausschluss für Schutzsuchende, bei denen die Ausreise
202 in einen nach Dublin-Verfahren zuständigen Drittstaat rechtlich und faktisch als
203 möglich eingeschätzt wird.

204 Der vollständige Entzug von Sozialleistungen setzt Menschen auf die Straße, die
205 in der Regel an ihrer Ausreise gar nicht selbst mitwirken können, da die
206 Überstellung staatlich organisiert wird. Der Entzug existenzsichernder
207 Leistungen umfasst auch das Entziehen medizinischer Unterstützung, was
208 lebensgefährlich werden kann. Die geplante Maßnahme ist ein Dammbrech in der
209 Entrechtung und Gefährdung von Geflüchteten. Dass unter dem Druck des
210 Bundeskanzlers, des Innenministeriums und unter grüner Regierungsbeteiligung

211 derartige Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, ist für uns nicht hinnehmbar.
212 Durch die asylrechtlichen Maßnahmen im sogenannten Sicherheitspaket wird
213 Deutschland nicht sicherer, sondern unsicherer. Denn es steht zu befürchten,
214 dass der Leistungsentzug Menschen in existenziell bedrohliche Notlagen versetzt.
215 Zudem kann die Deklaration derartiger Maßnahmen als Sicherheitsmaßnahme
216 rechtspopulistische Narrative, die migrantische Personen unter Generalverdacht
217 stellen, stützen und somit Rassismus verstärken. Wir lehnen eine Politik, die
218 Menschen entrechtet und rassistische Narrative stärkt, entschieden ab.

219 Wir stärken unserer Bundestagsfraktion hiermit den Rücken, damit sie zukünftig
220 auf den Schutz von Menschenrechten beharrt. Wir sind Antriebs- und Rückendeckung
221 für alle, die Asylpolitik vorantreiben, die pragmatisch ist, die den Schutz von
222 Menschenrechten zentral stellt und dies als Stabilisierung unserer Gesellschaft
223 begreift.

224 Pragmatische, menschenrechtsbasierte und stabilisierende Asylpolitik muss
225 Realitäten anerkennen. Das bedeutet zum einen, dass besonnen und mit guten
226 Lösungen auf wissenschaftliche Erkenntnisse und eine sachliche Darlegung der
227 Probleme in den Kommunen reagiert werden muss. Es muss zudem wieder anerkannt
228 werden, dass das Asylrecht sowie der Schutz von Grund- und Menschenrechten
229 geltende Rechte sind und ihre konsequente Umsetzung einen Schutz und eine Stärke
230 unseres Rechtsstaates darstellen.

231 Als BÜNDNISGRÜNE in Sachsen fordern wir deshalb von der Bundesregierung:

232 1. die Wahrung des individuellen Rechts auf Asyl: Insbesondere die geplante
233 Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten birgt die Gefahr, dass
234 individuelle Asylanträge beeinträchtigt werden und Flüchtlingsrechte
235 missachtet werden. Das individuelle Recht auf Asyl muss gewahrt werden und
236 darf weder in der Praxis noch per Beschluss eingeschränkt werden. Auch
237 Zurückweisungen an deutschen Grenzen sind ein klarer Rechtsbruch und
238 müssen verhindert werden;

239 2. die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention: Die Genfer
240 Flüchtlingskonvention trat 1954 als Lehre aus dem unsolidarischen
241 Verhalten vieler Staaten gegenüber jüdischen Flüchtlingen während des
242 Nationalsozialismus in Kraft. Es darf nicht passieren, dass ausgerechnet
243 Deutschland mit seiner besonderen internationalen Verantwortung gegen die
244 Genfer Flüchtlingskonvention verstößt. Wir erwarten, dass die Genfer
245 Flüchtlingskonvention verbindlich eingehalten wird und jegliche geplanten
246 Änderungen im Asylrecht daraufhin geprüft werden, ob sie sich im Rahmen
247 der Flüchtlingskonvention bewegen;

248 3. den Stopp von Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan sowie in andere
249 Länder, in denen Bürgerkrieg oder diktatorische, menschenverachtende
250 Machthaber herrschen: Wir lehnen die Zusammenarbeit mit Terroristen und
251 Diktatoren, auch wenn sie zur Rückführungsorganisation von
252 Straftäter*innen erfolgt, entschieden ab und fordern das
253 Bundesinnenministerium, das sächsische Ministerium für Inneres und die
254 sächsische Landesdirektion auf, die Genfer Flüchtlingskonvention und die

- 255 Europäische Menschenrechtskonvention einzuhalten und Abschiebungen, bei
256 denen Menschen Gefahr für Leib und Leben droht, zu unterlassen;
- 257 4. die Abschaffung von Abschiebehäft: Es ist unverhältnismäßig, einem
258 Menschen das Grundrecht auf Freiheit zu entziehen, um den Verwaltungsakt
259 Abschiebung einfacher durchführen zu können;
- 260 5. das Verhindern von Diskriminierung und Behördenüberlastung durch eine
261 bundesweite Bezahlkarte mit restriktiver Bargeld- und
262 Überweisungsbegrenzung: Das Vorantreiben des Projekts „Bezahlkarte mit
263 Bargeldebegrenzung“ trotz fehlender Evidenz für Anlass oder Wirksamkeit der
264 Bargeldeinschränkung und trotz der Rückmeldungen aus den Kommunen, die
265 durch die Umsetzung der Bezahlkarte überfordert werden, ist sinnlose
266 Symbolpolitik auf dem Rücken der Betroffenen und der Behörden. Wir lehnen
267 diskriminierende Bezahlkartenmodelle entschieden ab;
- 268 6. den Aufbau von stabilen und flexiblen Strukturen zur Integration und
269 Unterstützung der Kommunen bei der Planung und Finanzierung von gelungenen
270 Integrationsaufgaben.

271 Integration ist eine kontinuierliche Gemeinschaftsaufgabe.

272 Es wird immer wieder Phasen geben, in denen mehr Menschen nach Deutschland
273 kommen, und Zeiten, in denen es weniger sind. Die Strukturen eines
274 Einwanderungslandes müssen auf diese Veränderungen vorbereitet sein. Die
275 Schaffung von ausreichend Plätzen in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder
276 und dauerhaftem Wohnraum in den Kommunen ist dafür eine wesentliche Grundlage.
277 Ebenso wichtig sind Sprachkurse für alle sowie der gesicherte Zugang zu KiTa,
278 Schule und Ausbildung. Dieser muss durch ausreichend Mittel und Personal
279 gewährleistet werden. Hierbei wird in Ländern und Kommunen bundespolitische
280 Unterstützung benötigt.

281 7. Die Eröffnung von stabilen Bleibeperspektiven;

282 Mit Spurwechsel und Einwanderungsgesetz wurden bundespolitisch Schritte in die
283 richtige Richtung unternommen, um Integration zu ermöglichen und integrierten
284 Personen eine stabile Perspektive zu bieten, Wir schlagen darüber hinaus vor,
285 Arbeitsverbote vollständig abzuschaffen und rechtlich festzulegen, dass alle
286 Menschen, die in Deutschland eine Ausbildung machen, studieren oder arbeiten
287 dauerhaft bleiben dürfen.

288 Als sächsische BÜNDNISGRÜNE sprechen wir uns für Vernunft, Pragmatismus und
289 Rechtsstaatlichkeit in der Migrationspolitik auf allen Ebenen aus. Eine
290 funktionierende und menschenrechtsbasierte Migrationspolitik ist eine wichtige
291 Säule eines stabilen, solidarischen und damit sicheren Miteinanders aller
292 Menschen.